

Antrag

der CDU-Fraktion

Maßnahmenpaket für unseren brandenburgischen Mittelstand

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zum 3. Quartal 2010 ein Maßnahmenpaket vorzustellen, das zur Förderung einer positiven Stimmung für den brandenburgischen Mittelstand und damit auch zur Fachkräftesicherung beiträgt. Außerdem soll damit ein günstiges Klima für Unternehmensgründungen geschaffen werden.

Dabei sollen auch Erfahrungen aus den Landkreisen und aus anderen Bundesländern aufgenommen werden und insbesondere die folgenden Schwerpunkte eine Rolle spielen:

1. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, wie die jährlich stattfindende europäische KMU-Woche oder der Tag des offenen Unternehmens,
2. die Erhöhung der Wertschöpfung im Land, durch entsprechende Veranstaltungen mit den Vergabestellen in Brandenburg und
3. Vermittlung von einem positiven Bild des Mittelstandes in der Schule, insbesondere mit dem Ziel, das Bild des selbständigen Unternehmers und die Rolle des wirtschaftlichen Mittelstandes angemessen darzustellen und das wirtschaftliche Risiko, gerade bei Familienunternehmen, aufzuzeigen.

Dazu sollten diese Punkte in das Konzept mit einfließen:

- Bei der Zulassung von Lernmitteln der Schulfächer ist auf die Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge - unter Einbeziehung der privaten Eigenvorsorge und des Verbraucherschutzes - zu achten, insbesondere müssen die wirtschaftlichen Aspekte der Globalisierung objektiv und unideologisch dargestellt werden.
- In den Lehrplänen der geeigneten Fächer sind Wirtschaftsthemen wie Marktwirtschaft, Grundsätze des Unternehmertums und Selbständigkeit stärker zu berücksichtigen.
- Im Bereich der Berufsorientierung an den Schulen ist eng mit der Wirtschaft und Unternehmen, Wissenschaft und Forschung zusammenzuarbeiten.

- Unterrichtsreihen sind auch in enger Abstimmung mit Wirtschaftsverbänden und Kammern zu entwickeln, die die Notwendigkeit unternehmerischer Tätigkeit als sozial verantwortlichen und gesellschaftlich notwendigen Lebensentwurf hervorheben.
 - Die Schulen sind zu ermuntern, Vertreter der örtlichen Wirtschaft einzuladen, die den Schülern selbständiges Handeln und Wirtschaften erläutern.
4. Die Landesregierung unterstützt den Wissenstransfer aus den Hoch- und Fachhochschulen in den Mittelstand und das Handwerk.
 5. In den zuständigen Ausschüssen ist über eine aktuelle Bestandsaufnahme und eine mögliche zukünftige Handlungsstrategie zu berichten.

Begründung:

Einer Umfrage des Bundesverbandes mittelständischer Wirtschaft zufolge erleben Brandenburger Firmenchefs ein zunehmend negatives Unternehmerbild in der Öffentlichkeit. Unter anderem deshalb würden wohl 80 Prozent der Befragten heute kein Unternehmen mehr gründen oder übernehmen.

Dies führt dazu, dass Fachkräfte künftig schwieriger für den Mittelstand zu begeistern und zu gewinnen sind. Deshalb muss schon in der Schule dafür gesorgt werden, dass Kinder und Jugendliche ein Verständnis für den Mittelstand und das Unternehmertum entwickeln können. Wirtschaftliches Grundlagenwissen ist eine Voraussetzung für die individuelle Lebensplanung und Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger. Kindern und Jugendlichen müssen ökonomische Zusammenhänge, die Strukturen und Funktionsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft intensiv erläutert werden.

Nur so ist es möglich, dass Schüler schon in den ersten Schuljahren vermittelt bekommen, dass der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft ist. Außerdem kann dadurch der Anteil der interessierten Berufsanfänger im Handwerk bzw. im Mittelstand erhöht werden.

Prof. Dr. Johanna Wanka
für die CDU-Fraktion